

Positionspapier

Die Digitalisierung hat es mittlerweile an die Spitze der Prioritätenliste der deutschen und europäischen Politik geschafft. Häufig aber ist eine Kluft zwischen politischem Willen und Umsetzung zu beobachten. Das manifestiert sich ganz besonders im digitalen Zahlungsverkehr, der eine Grundkomponente für funktionierende Digitalstrategien bildet.

Auf der einen Seite denkt die Politik über die Einführung von digitalem Zentralbankengeld nach, auf der anderen Seite müssen Verbraucher bei Ticketautomaten oder beim Kiosk um die Ecke nach Münzen suchen. Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen, denn die Digitalisierung hat die Erwartungshaltung an einen zeitgemäßen Handel verändert: Digital bezahlen zu können, ist nicht „nice-to-have“, sondern erwartete Grundausstattung. Innovative Lösungen bieten Verbraucherinnen und Verbrauchern gesteigerten Komfort und Sicherheit, weshalb sie Bezahlvorgänge zunehmend digital abwickeln möchten. Zeitgleich profitiert der Handel von einem Umsatzplus und einer schnelleren Transaktionsabwicklung. Durch einen Anstieg von digitalen Zahlungen erhöht sich auch die Transparenz von Geldflüssen, was zu mehr Steuergerechtigkeit führt.

Zudem treiben digitale Bezahlösungen die attraktive Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs voran, indem sie Fahrgästen neue auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote offerieren und Verkehrsmittel effizienter miteinander verbinden. Damit helfen digitale Zahlungen dabei, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken und leisten so einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Reduzierung von Verkehrs-Emissionen.

Die heutige Erwartungshaltung: Wahlfreiheit beim Bezahlen

Verbraucherinnen und Verbraucher möchten die Freiheit haben, jederzeit selbst zu entscheiden, wie sie bezahlen möchten. Das schließt das digitale Bezahlen und selbstverständlich auch das Bezahlen mit Bargeld ein. Die verschiedenen Bezahlmöglichkeiten sind komplementär und schließen einander nicht aus. Die Nachfrage nach bargeldlosen Bezahlmethoden hat sich erhöht.¹ Dies zeigt sich an einem geänderten Einkaufsverhalten und an dem verstärkten Wunsch nach digitalen Bezahlmöglichkeiten. Dabei sind es nicht mehr nur die Jüngeren, die digitale Bezahlangebote erwarten – auch ältere Generationen zeigen sich zunehmend erwartungsvoll über das uneingeschränkte Ange-

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Julian Grigo
**Leiter Digital Banking
& Financial Services**
T +49 30 27576-126
j.grigo@bitkom.org
[@Bitkom_Finance](https://www.bitkom.org)

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

¹ Allensbach-Umfrage zum Bezahlen in Deutschland, abrufbar unter: <https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/aktuelles/2019/12112019/>, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

bot digitaler Dienste im stationären Handel.² Insbesondere innovative Bezahlmethoden wie das kontaktlose Bezahlen sind im Alltag der Deutschen angekommen, was zu einem Aufschwung für bargeldlose Bezahlmethoden geführt hat.³ Studien zeigen, dass sich zwei Drittel der Deutschen häufig darüber ärgern, dass sie nicht überall bargeldlos mit Karte oder Smartphone bezahlen können.⁴ So erwarten beispielsweise rund 91% der Restaurantgäste, dort uneingeschränkt mit Karte bezahlen zu können. Über ein Drittel entscheidet sich bei Einschränkungen sogar regelmäßig gegen den Besuch einer Gaststätte.⁵ 62 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sind folgerichtig der Meinung, dass alle Geschäfte gesetzlich zum Angebot einer digitalen Bezahlmöglichkeit verpflichtet sein sollten.⁶

Digitales Bezahlen – Vorteile für den Handel

Digitales Bezahlen spart Zeit und bringt dem Handel mehr Umsatz. Insbesondere die vermehrt genutzte Option der Kontaktloszahlung mittels Karte, mobilem Device (Smartphone) oder Wearables (wie z. B. Smartwatch) ermöglichen eine schnelle und unkomplizierte Zahlungsabwicklung. Die Umsätze erhöhen sich hierbei nicht nur durch eine schnellere Abwicklung und Zugang zu internationaler Kundschaft. Der digitale Zahlungsverkehr bietet dem stationären Handel zusätzlich die Möglichkeit, den Online-Handel für sich zu erschließen. Mit der stetigen Zunahme von Online-Einkäufen – gerade auch in der Corona-Zeit – ist das Bereitstellen von digitalen Angeboten und Bezahlprozessen insbesondere für kleine Geschäfte entscheidend, um gegenüber dem etablierten Online-Handel wettbewerbsfähig zu sein.

Sollten digitale Angebote im Einzelhandel weniger ausgeprägt zum Einsatz kommen, droht der weitere Verlust von Kundschaft und Umsatz. Akzeptanzkosten für den digitalen Zahlungsverkehr sind in den vergangenen Jahren gesunken. Global betrachtet sind sie innerhalb Europas mit am günstigsten. Auch

² Stationärer Handel: 92 Prozent der Deutschen erwarten die Möglichkeit zur Kartenzahlung, abrufbar unter: <https://newsroom.mastercard.com/eu/de/press-releases/stationaerer-handel-92-prozent-der-deutschen-erwarten-die-moeglichkeit-zur-kartenzahlung/>, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

³ girocard Jahreszahlen 2019: girocard verändert Bezahlverhalten- bereits jede dritte Transaktion kontaktlos, abrufbar unter: <https://www.girocard.eu/presse-mediathek/pressemitteilungen/2020/girocard-jahreszahlen-2019/>, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

⁴ Breite Mehrheit möchte überall elektronisch bezahlen: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Breite-Mehrheit-moechte-ueberall-elektronisch-bezahlen>, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

⁵ Bargeldloses Bezahlen in der Gastronomie: Aktuelle Entwicklung und neue Konzepte für die Zukunft, abrufbar unter: http://www.eat-pay-love.com/wp-content/uploads/2019/09/Eat.Pay_Love-screen-version-01.pdf, zuletzt abgerufen am 15.06.2020

⁶ Breite Mehrheit möchte überall elektronisch bezahlen, abrufbar unter: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Breite-Mehrheit-moechte-ueberall-elektronisch-bezahlen>, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

innovative und mobile Bezahlterminals als Alternative zu teuren Kassensystemen haben Anschaffungskosten verringert. Bargeldfixkosten bleiben jedoch erhalten, weshalb – relativ betrachtet – die Abwicklung, Verwaltung sowie Transport und Schutz von Bargeld vor allem für kleine Geschäfte zunehmend teurer wird. Erste Restaurants gehen sogar so weit, dass sie keine Bargeldzahlungen mehr annehmen.⁷ Das Angebot einer modernen Bezahlinfrastruktur im stationären Handel ist wichtig, um den Erwartungen der Kundschaft gerecht zu werden und die Kaufkraft zu erhalten. Zudem ergeben sich weitere händlerseitige Vorteile wie Kundenbindungsprogramme, Unterstützung bei der Buchhaltung oder vereinfachtes Lagerbestands-Management.

Die Bedeutung des digitalen Zahlungsverkehrs und die Rolle der Politik

Als Digitalverband begrüßen wir die positiven Entwicklungen im digitalen Zahlungsverkehr, die Innovationen wie kontaktloses Bezahlen und Verbesserungen bei grenzüberschreitenden Zahlungen gebracht haben. Damit wird ein wichtiger Beitrag für die Vertiefung der Europäischen Union geleistet mit spürbaren Verbesserungen für Finanzdienstleistungen, Händlerinnen und Händler, Verbraucherinnen und Verbraucher und die gesamte Volkswirtschaft. Was fehlt, ist eine zielgerichtete Politik, die positive Entwicklungen flankiert und damit Digitalisierungsbestrebungen fördert – zur Weiterentwicklung des deutschen und europäischen Innovationsstandorts.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft setzt zu Recht auf Digitalisierung und Innovation. In diesem Kontext muss Deutschland zügig eine Antwort auf die Frage finden, ob es mit Blick auf zukunftsfähige Bezahloptionen am Point-of-Sale oder in der öffentlichen Verwaltung einen Platz an der Spitze behaupten will. Wir sind davon überzeugt, dass der digitale Zahlungsverkehr eine wichtige Grundlage für die gesamte Digitalisierung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bildet. Dass – im globalen Vergleich – die Akzeptanzinfrastruktur für digitale Bezahloptionen in Deutschland nach wie vor unterentwickelt ist, wirkt sich nachteilig aus. Zu häufig findet man sich vor einer „Cash-Only-Schranke“, wie Vergleichszahlen der OECD zeigen: Deutschland verfügt über 12,6 Point-of-Sale-Terminals pro 1.000 Einwohner und bildet damit das Schlusslicht im internationalen Vergleich. Griechenland kommt auf einen Wert von 50,6 und der OECD-Schnitt ist mit 26,6 mehr als doppelt so hoch wie der deutsche Akzeptanzwert.⁸ Das konterkariert die Innovationskraft im Zahlungsverkehr, führt zu weniger Transparenz und schränkt die Wahlfreiheit und das Einkaufen ein.

⁷ Endlich bargeldlos bezahlen: Restaurant spart 1.500 Euro im Monat, abrufbar unter: https://t3n.de/news/endlich-bargeldlos-restaurant-1230760/?utm_source=rss&utm_medium=feed&utm_campaign=news, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

⁸ Vgl. EY: Enhancing Fair Competition Through Electronic Payments in Germany (2019).

Der Bitkom fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Wahlfreiheit zwischen baren und digitalen Bezahloptionen zu ermöglichen, indem die Akzeptanz mindestens einer europaweit nutzbaren, digitalen Bezahloption an jedem Point-of-Sale regulatorisch vorgeschrieben wird.

Dies dient nicht nur der Entwicklung des Handels und der Flexibilität und Wahlfreiheit beim Einkauf, sondern auch der volkswirtschaftlichen Entwicklung, der Innovationskraft des Landes und den Steuereinnahmen des Fiskus. Zusätzlich würde Deutschland proaktiv zur Zielerreichung der Europäischen Kommission beitragen, einen schnellen, sicheren und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr zu etablieren.⁹

Wahlfreiheit beim Bezahlen: Politische Forderungen und Maßnahmen

1) Weiterentwicklung des Gesetzes zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen: Die verpflichtende Akzeptanz mindestens einer europaweit nutzbaren, digitalen Bezahloption für mehr Transparenz von Geldflüssen und mehr Steuergerechtigkeit.

Nach einer Studie des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung liegt der prognostizierte Umfang der Schattenwirtschaft bei 322 Milliarden Euro für das Jahr 2020.¹⁰ Dem Staat entgehen jährlich allein 42 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.¹¹ Eine verpflichtende Akzeptanz einer europäisch gängigen digitalen Bezahloption und die politische Förderung des digitalen Zahlungsverkehrs könnten diesen Betrag deutlich reduzieren, was insgesamt zu mehr Steuergerechtigkeit führt.

Ergänzend sollten digitale Transaktionen von der seit 1. Januar 2020 eingeführten Belegausgabepflicht befreit werden, denn: Digitales Bezahlen bietet aufgrund der lückenlosen Dokumentation von Transaktionen für Handel, Kundschaft und Fiskus heute schon die Möglichkeit, Steuervermeidung vorzubeugen – ganz ohne bürokratischen Mehraufwand und Papierwirtschaft.

2) Förderung des digitalen Zahlungsverkehrs: Unterstützung bei Anschaffungskosten von Bezahlterminals und temporäre Steuervergünstigungen

Trotz der dargelegten Vorteile für den Handel durch digitales Bezahlen, erscheint es sinnvoll, von politischer Seite Unterstützung bei der Erstananschaffung von kartenfähigen PoS-Terminals zu leisten. Länder wie Polen und Tschechien haben im Schulterschluss mit der Payments-Industrie ent-

⁹ Vgl. [Retail Payment Strategy by the European Commission](#).

¹⁰ Pressemitteilung des IAW, Februar 2020: <http://www.iaw.edu/index.php/aktuelles-detail/1165>

¹¹ Vgl. EY, Enhancing Fair Competition Through electronic Payments in Germany. 2019.

sprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt und damit einen aktiven Beitrag zur effektiven Umsetzung einer zukunftsfähigen Bezahlinfrastruktur geleistet. Ein ähnlicher Zugang wäre auch für Deutschland denkbar: die Politik könnte hier unter Einbeziehung der Payment-Dienste ein bedarfsgerechtes Modell auf den Weg bringen.

Konsumentinnen und Konsumenten, die vermehrt die digitale Bezahloption nutzen und somit einen aktiven Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit leisten, sollten entlastet werden. Ein solcher finanzieller Anreiz, digital zu bezahlen, würde sich insgesamt dennoch deutlich positiv auf den Staatshaushalt auswirken. Laut Berechnungen von EY bringt eine staatlich finanzierte Rückvergütung von 1,89% jeder digitalen Zahlung im ersten Jahr und von 0,38% in den beiden darauffolgenden Jahren eine langfristige jährliche Reduktion der Schattenwirtschaft im Ausmaß von 1,43% des gesamten BIPs – also etwa ein jährliches Plus von etwa 60 Milliarden Euro. Das sind essenzielle Mehreinnahmen für den Staat, nicht nur in Zeiten der konjunkturellen Wirtschaftsbelebung.

3) Befreiung der Bezahlmethode von Wertgrenzen

Menschen in Deutschland werden nach wie vor durch Mindestwertgrenzen für digitales Bezahlen bei der Auswahl ihrer Bezahlmethode an der Ladenkasse eingeschränkt, die in der Regel zwischen 5 und 10 Euro liegen. Insbesondere in kleinen Geschäften und in der Gastronomie sieht man sich häufig mit Mindestwertgrenzen zur Kartenzahlung konfrontiert. Damit wird die Freiheit, sich bewusst für digitales Bezahlen zu entscheiden, eingeschränkt.

In vielen Ländern gehört auch das bargeldlose Bezahlen von Kleinstbeträgen längst zum Alltag. Dass sich ein Eingreifen der Legislative in diesem Fall lohnen kann, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Portugal. Die dortige Regierung entschied im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im März 2020, zunächst befristet bis Ende Juni 2020, Mindestwertgrenzen für Kartenzahlungen zu untersagen und Verstöße mit empfindlichen Bußgeldern zu ahnden.¹² Damit trug die portugiesische Regierung dazu bei, die Möglichkeiten zum digitalen und kontaktlosen Bezahlen erheblich zu erweitern.

Wir fordern daher von der Bundesregierung, diesem Beispiel zu folgen und eine Befreiung der Bezahlmethode von Mindestwertgrenzen für digitales Bezahlen durchzusetzen. Nur so bekämen die Menschen in Deutschland die Möglichkeit, ihr Zahlungsmittel frei und uneingeschränkt zu wählen.

¹² Decreto-Lei n.º 10-H/2020, abrufbar unter: <https://dre.pt/web/guest/pesquisa/-/search/130779507/details/maximized>, zuletzt abgerufen am: 18.06.2020.

4) Etablierung eines Zahlungsverkehrs-Rats beim Bundesfinanzministerium

Um die vielschichtigen Interessen im Zahlungsverkehr miteinander in Einklang zu bringen und einen innovativen, wettbewerbsfähigen und sicheren Zahlungsverkehr in der Zukunft zu gewährleisten, bedarf es einer übergeordneten und institutionalisierten Austausch- und Abstimmungsplattform. In Deutschland wurde diese Notwendigkeit bereits erkannt und mit dem Forum Zahlungsverkehr der Bundesbank¹³ 2016 ein Gremium geschaffen, das genau diesem Zweck dienen soll. Bei genauer Betrachtung der Zusammensetzung und thematischen Fokussierung wird deutlich, dass zentrale Marktsegmente des Zahlungsverkehrs dabei nicht repräsentiert sind. Denn das Forum zielt in erster Linie darauf ab, SEPA 2.0 für digitale Zahlverfahren zu gestalten, was es zweifelsohne sehr erfolgreich tut. Retail Payments und der kartengestützte Zahlungsverkehr bleiben dabei weitestgehend außen vor, obwohl diese Segmente einen erheblichen Teil des Zahlungsverkehrs in Deutschland ausmachen.¹⁴

Die Notwendigkeit eines ganzheitlich ausgerichteten Gremiums wurde in anderen europäischen Staaten bereits erkannt. Schweden¹⁵ und Finnland¹⁶ haben beispielsweise sogenannte Zahlungsverkehrs-Räte eingerichtet. Hier wird explizit auch der kartengestützte Zahlungsverkehr repräsentiert, um die Expertise von allen, lokalen wie internationalen, Zahlungsdienstleistern und -systemen einfließen zu lassen.

Deutschland sollte sich dies zum Vorbild nehmen und ebenfalls ein solches, in regelmäßigen Abständen tagendes Gremium in Ergänzung zum Forum Zahlungsverkehr der Bundesbank einrichten. Um seine ganzheitliche und sektorenübergreifende Orientierung zu unterstreichen, sollte der deutsche Zahlungsverkehrs-Rat beim BMF angesiedelt werden. Neben dem BMF sollten die Aufsichtsbehörden, Bundesbank und BaFin, die relevanten Verbände, Banken, Zahlungssysteme und -dienstleister sowie der Verbraucherschutz (vzbv) vertreten sein. Neben seiner primären Funktion als Austauschforum sollte der Zahlungsverkehrs-Rat als zentrale Ansprechstelle hinsichtlich Risikoerkennung für Stabilitätsfragen im Zahlungsverkehr dienen. Zu seinem Aufgabenspektrum könnte schließlich gehören, aktiv für das Mitdenken des Zahlungsverkehrs insbesondere bei Di-

¹³ Forum Zahlungsverkehr, abrufbar unter: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/-/forum-zahlungsverkehr-602902>, zuletzt abgerufen am 25.06.2020.

¹⁴ EHI Retail Institute, abrufbar unter: <https://www.ehi.org/de/pressemitteilungen/kontaktlos-und-corona-pushen-kartenzahlung/>, zuletzt abgerufen am 26.06.2020.

¹⁵ The retail payments council, abrufbar unter: <https://www.riksbank.se/en-gb/payments--cash/the-riksbanks-task-in-relation-to-payments/the-retail-payments-council/>, zuletzt abgerufen am 25.06.2020.

¹⁶ The Bank of Finland as catalyst: Payments Council, abrufbar unter: <https://www.suomenpankki.fi/en/money-and-payments/payment-systems/the-bank-of-finland-as-catalyst-payments-council/>, zuletzt abgerufen am 15.06.2020.

gitalisierungsprojekten zu werben und damit verbundene Potenziale verstärkt zu nutzen.

Die Bundesregierung hat mit dem Sustainable Finance Beirat¹⁷ bereits mit einem ähnlichen Expertenrat im Finanzbereich positive Erfahrungen gemacht. Der Sustainable Finance Beirat hat sich inzwischen als essenzielles Beratungsgremium für Politik und Verwaltung etabliert und dabei bereits wichtige Beiträge zur Sustainable-Finance-Debatte geleistet.

¹⁷ Sustainable Finance Beirat, abrufbar unter: https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2020/06/200603_SFB_Mitgliederliste.pdf, zuletzt abgerufen am 24.06.2020.